

## Nachrichten aus Paris: Tag 4 der Verhandlungen

12.12.2015 20:50 Uhr

**Paris (dk) Es geht um nicht weniger als um unser Klima: Die Regierungen aus aller Welt tagen derzeit in Frankreichs Hauptstadt Paris bei der UN-Klimakonferenz. Mit dabei ist, wie schon im letzten Jahr in Lima, die Ingolstädter Bundestagsabgeordnete der Linken Eva Bulling-Schröter. Sie berichtet auf donaukurier.de von ihren Eindrücken.**

In den Konferenzhallen von Le Bourget wird auch am Sonnabend weiter gerungen. Sogar Frankreichs Präsident Francois Hollande kommt zur Konferenz, will ein Zeichen setzen. Den anwesenden MinisterInnen wurde ein über Nacht neu ausgearbeiteter Entwurf vorgelegt. Vielleicht gibt es sogar eine Verlängerung bis Sonntag, kolportieren französische Medien. Wir bekommen das letzte Papier erst einmal nicht zu Gesicht – auf der Zielgeraden wird der Klimapoker hinter verschlossenen Türen gespielt. Gegen Mittag sickert dann durch, dass es einen Abschlussentwurf gäbe. Der muss jetzt durch das Plenum, das öffentlich ist, also im Internet auf der Webseite des UN-Klimabüros übertragen wird. Und zwar live. **Herrscht Einigkeit, dann wäre der erste Weltklimavertrag unter Dach und Fach.**



Die großen Hallen des Konferenzgeländes sind nicht mehr so voll wie in den vergangenen Tagen. Ich fahre in die Innenstadt. Am Arc de Triomphe haben KlimaaktivistInnen zu einer Klimademonstration aufgerufen. Aus allen Seitenstraßen strömen Menschen mit roten Schals, roten Schirmen, roten Kleidern auf die Avenue de la Grande Armée. "Was wir wollen? Klimagerechtigkeit!", schallt es aus tausenden Mündern. Viele junge Leute sind hier, eine bunte Demo. Vom Weltklimavertrag wollen sie sich nicht blenden lassen. Das Papier wird nicht reichen, um die Erderwärmung auf 1,5 oder weniger als 2 Grad Celsius ansteigen zu lassen. "Wir wollen einen Systemwandel, keinen Klimawandel", steht auf einem der vielen Plakate. Eisbären warnen vorm Abschmelzen der Pole. Ein rotes Band wird ausgerollt, darunter tausende Menschen, die den Stoff über ihre Köpfe in den Himmel halten. Es gibt rote Linien, die nicht überschritten werden dürfen, ist die Botschaft.



Nicht demonstrieren kann K. Ich treffe den Klimaaktivsten gestern in einem entlegenen Stadtteil außerhalb des Zentrum, im Süden der Millionenstadt. Über viele Telefonate, Emails und persönliche Vortreffen habe ich sein Vertrauen. Seinen Namen darf ich nicht nennen. K. gehört zu den über 20 AktivistInnen, denen im Zuge des Ausnahmezustandes nach den Terroranschlägen Hausarrest erteilt wurde. Ich begleite ihn in Richtung Polizeistation, wo er mehrmals täglich eine Unterschrift leisten muss. Heute stand der über 25 Jahre alte Pariser vorm Conseil d'État, eine Mischung aus Bundesverwaltungsgericht und

Innenministerium. Die Richter prüfen, ob Menschenrechte und Grundrechte nur aufgrund eines Verdachtsmoments beschnitten werden können.

K. ist ein aktiver Hausbesetzer, organisiert Demo-Camps, gegen Atommüll-Endlager, gegen Kohle, für saubere Energien, Umweltschutz und eine gerechtere Gesellschaft. Der Geheimdienst Frankreichs hat den Richtern Dossiers und Akten über seine Aktivitäten der letzten Jahre vorgelegt. Mit wem er sich traf, auf welchen Demonstrationen er war, wohin er reiste, wie er lebt. Beweise für Gesetzesverstöße: Keine. Verstößt K. gegen den Hausarrest, und geht nach 20 Uhr nach Hause, muss er für drei Jahre ins Gefängnis, es droht eine Geldstrafe von über 45.000 Euro. "Ich fühle mich wie in Russland", sagt er beim Essen. Und zeigt uns im Internet ein Gesetzesvorhaben der Regierung, "Verdächtige" in Internierungslager zu stecken. Trotzdem will er nach Auslaufen der Zwangsmaßnahme weiter politisch aktiv sein. Ich erinnere mich an Zeiten hier in der Bundesrepublik, als auch bei uns Notstandsgesetze beschlossen wurden.

Die Beschneidung der Grundrechte, sie darf in keinem Land der Welt geduldet werden.

Nach der Demonstration fahre ich den langen Weg zurück ins Hotel. Derweil kommt der neue Vertragstext auf mein Handy. Das Zwei-Grad-Ziel war gesetzt. Neu ist die Ankündigung, die Erderwärmung "möglichst" auch unter 1,5 Grad zu begrenzen. Der Weg dahin, zu einer globalen Energiewende, ist nicht beschrieben. Freiwilligkeit statt Verpflichtung ist das neue Paradigma der internationalen Klimapolitik. Ich bezweifle, ob sich die Wirtschaft ohne Rahmenvorgaben in eine nachhaltige Richtung entwickeln lässt. Das Ganze hat eher den Charakter einer Selbstverpflichtungserklärung. Aber besser als Garnichts. Abends wird das Plenum einberufen. Die meisten ParlamentarierInnen sind schon gestern abgereist. Auch ich trete jetzt die Heimreise an. Am Abend werde ich wieder in Ingolstadt sein. Das Ende der Verhandlungen verfolge ich von Bayern aus. Morgen dazu dann mein letzter Blog.